

## **Kehrseite der Identität**

### **Schwerste Krawalle seit Jahrzehnten in den USA: Die ethnischen Zentrifugalkräfte werden stärker**

**Thorsten Hinz**

Es sind schockierende Bilder, die aus den USA herüberdringen. Zuerst die Aufnahmen des gefesselt am Boden liegenden schwarzen Kleinkriminellen George Floyd in Minneapolis, dem ein weißer Polizist die Luft abdrückt. Dann die Bilder von den Ausschreitungen, vom buchstäblichen Flächenbrand der Gewalt, der das große Land ereilt und seine öffentliche Ordnung außer Kraft setzt.

In keiner Weise gehe es mehr um den Tod von Floyd, sagte Gouverneur Tim Walz, der den minderheitenaffinen Demokraten angehört. „Es geht darum, die Zivilgesellschaft zu attackieren, Furcht einzuflößen und unsere großartigen Städte zu sprengen.“ Ein vornehmlich schwarzer Mob agiert als revolutionärer Stoßtrupp und bestätigt genau das, was vielen Weißen als rassistisches Vorurteil vorgeworfen wird. Auch weiße Gewalttäter sind dabei, anscheinend linke Anarchisten, die versuchen, ihr Umsturz-Süppchen zu kochen. Der Polizist, der Floyds Tod mutmaßlich verursacht hat, ist allerdings mit einer Asiatin verheiratet, was dem schlichten Rassismus-Klischee widerspricht.

Die Berichterstattung stellt die rassistische Polizeigewalt gegen Schwarze in den Vordergrund und rechnet sie auf die USA unter Trump hoch. Der Historiker Lukas Mihr – Autor dieser Zeitung – kommt nach Sichtung von US-Statistiken zu einem anderen Befund. Tatsächlich werden Schwarze von der Polizei mit zweieinhalbmal größerer Wahrscheinlichkeit erschossen als Weiße, die wiederum dreimal häufiger als Asiaten getötet werden. Demnach würde die Polizei gegenüber Weißen eine größere Abneigung hegen als gegen ethnische Chinesen, Japaner oder Koreaner. Was jedoch der weißen Suprematie widerspricht, die angeblich die Wurzel allen Übels ist.

Was unterschlagen wird: Es gibt viermal mehr schwarze Polizistenmörder als weiße. Außerdem werden Schwarze von weißen und schwarzen Polizisten mit gleicher Wahrscheinlichkeit erschossen. Eine Praxis offenbar, die sich aus der Gefahrenabwägung ergibt, die wiederum auf Erfahrung beruht. Wenn Schwarze fünfmal häufiger inhaftiert werden als Weiße, läßt sich das nicht mehr mit der rassistischen Voreingenommenheit der Behörden erklären, sondern mit überdurchschnittlicher Delinquenz.

Der Bürgermeister von Minneapolis sprach zunächst von „aufgestauter Wut und Traurigkeit, die in unserer schwarzen Gemeinde nicht nur wegen der fünf Minuten des Grauens, sondern seit 400 Jahren tief verwurzelt ist“. Aus der Fokussierung auf historische Schuld – eine in Deutschland vertraute Übung – bezieht auch die

aggressive Organisation „Black Lives Matter“ ihre Energie. Schwarze Geschäftsinhaber versuchten sich vor Plünderern zu schützen, indem sie die Aufschrift „black owned business“ anbrachten und eine rassistische Trennlinie zu weißen und asiatischen Inhabern zogen.

Das ist die Realität einer ethnisch fragmentierten Gesellschaft, die auch Europa längst erreicht hat. Zuwanderer-Krawalle in den französischen Banlieues oder in den britischen Vorstädten werden regelmäßig auf soziale Ursachen zurückgeführt. Daß die einen bessere, andere schlechtere Startbedingungen haben, ist in einer ausdifferenzierten Gesellschaft jedoch normal. Ein kluger Staat wird, wo nötig und aussichtsreich, Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Denn es sind überwiegend die sozialen Aufsteiger, die einer Gesellschaft Schwung verleihen.

Begriffe wie „Benachteiligung“ oder „Diskriminierung“ suggerieren hingegen, daß eine latent rassistische Gesellschaft bestimmte ethnische oder religiöse Gruppen daran hindere, ihre Talente zu entfalten. Es fällt auf, daß Ostasiaten sich so gut wie nie auf diese Erklärung zurückziehen. Wenn sie auffällig werden, dann durch Fleiß und Wissen. Es braucht eben Voraussetzungen, die durch keine Sozialtechnik zu ersetzen sind.

Als 1989 das Sozialismus-Projekt in Europa bankrott ging, glaubten viele an das Ende der politischen Ideologien. Das war ein Irrtum. Die Linke erkannte sehr rasch das kulturevolutionäre Potential der „Differenz“ und „Diversität“. Einerseits wurden die Rechte von Minderheiten in den Mittelpunkt gerückt, andererseits die tradierten Strukturen und kollektiven Verbindlichkeiten: Nation, Staat, Kultur, Geschlecht usw., als Konstrukte oder hegemoniale „weiße“ Diskurse diffamiert und dekonstruiert. Der Vorwurf des Rassismus, der Islamo- oder Homophobie verhindert gleichzeitig, daß der Widerspruch zwischen der strikten Identitätspolitik der Minderheiten und dem faktischen Identitätsverbot der Mehrheitsgesellschaft thematisiert wird. Sogar islamische Fundamentalisten und kriminelle Clans schlüpfen so unter den Schirm der Antidiskriminierung.

Es gibt Bestrebungen, den Tod des George Floyd dafür zu nutzen, das Dogma einer weißen Rassismus-Schuld nach Deutschland zu importieren und hier zu verankern. Das würde die Atmosphäre weiter vergiften und zu vergleichbarer „antirassistischer“ Gewalt anspornen. Die afrikanischstämmige Grünen-Politikerin Aminata Touré, Vizepräsidentin im Landtag von Schleswig-Holstein und Expertin für „Migration, Antirassismus, Frauen, Queer & Jugend“, bekundete auf Twitter, sich einer Gemeinde aus „Schwestern und Brüdern weltweit“ zugehörig zu fühlen, deren identitätsstiftendes Merkmal ihr „Schwarzsein“ ist. Ähnliche Verlautbarungen gibt es aus den Reihen der „Neuen Deutschen Medienmacher“-NGO, deren Leistung sich darin erschöpft, ihre angebliche Benachteiligung zu beklagen.

Für die großen Medien stellte 2018 nicht die Ermordung eines Deutschen in Chemnitz durch einen Ausländer den Skandal dar, sondern die öffentliche Empörung darüber;

sie verbreiteten die „Hetzjagd“-Lüge. Das Toben des brandschatzenden Mobs in den USA indes nennen sie „Protest“. Es ist ungemütlich im freien Westen.

**Streit um „Antifa“**

## **Wir waren mal antitotalitär**

**Dieter Stein**

Was ein Tweet von Trump bewirken kann. Der US-Präsident setzte am vergangenen Sonntag folgenden Satz über den Kurznachrichtendienst Twitter ab: „Die USA werden die ANTIFA als terroristische Organisation einordnen.“ Viele Tweets von Trump lösen inzwischen kaum noch Erregung aus. Doch diese jüngste Ansage sorgte auch in Deutschland für ein nachhaltiges Echo.

Natürlich ist dieser Satz zunächst eine populistische Nullaussage. Denn es ist die charakteristische Eigenschaft der linksextremen „Antifa“, daß sie weitgehend keine organisatorische Einheit bildet, weshalb sie auch nicht einfach so zu greifen oder zu verbieten ist. Es sind Hunderte, in der Regel dezentral und locker verbundene Gruppen – sich auch „Autonome“ titulierende gewaltbereite Linksextremisten.

Dennoch trifft der US-Präsident einen wunden Punkt. Denn es hat in den vergangenen Jahren unter den Vertretern der politischen Klasse eine, insbesondere in Europa, weitverbreitete Defensive, ja Blindheit gegenüber dem organisierten Linksextremismus um sich gegriffen. Der Linken ist es gelungen, den Antitotalitarismus durch einen einseitigen „Kampf gegen Rechts“ zu ersetzen. Und nur insofern ist erklärlich, daß selbst bürgerliche Politiker sich inzwischen unreflektiert zum Begriff des „Antifaschismus“ (Antifa) bekennen.

Besonders geschichtsvergessen ist die SPD, deren Vorsitzende Saskia Esken als Antwort auf Trump twitterte: „58 und Antifa. Selbstverständlich.“ – worauf zahllose SPD-Politiker mit ähnlichen Aussagen nachzogen. Große Sozialdemokraten wie Kurt Schumacher, Willy Brandt oder Helmut Schmidt rotierten im Grab, wenn sie wüßten, was ihre Erben da von sich geben. Schließlich ist der „Antifaschismus“ originär eine Erfindung der Kommunisten, und die erklärten damit nicht allein Mussolini und Hitler, sondern vorrangig die als „Sozial-faschisten“ verunglimpften Sozialdemokraten zu Feinden.

Wie sehr die Maßstäbe verrückt wurden, ist auch an der jüngsten Wahl für das Verfassungsgericht in Mecklenburg-Vorpommern zu sehen. Dort wurde mit den Stimmen der CDU die Vertreterin der „Linken“, Barbara Borchardt, zur neuen Richterin gewählt, obwohl sie an der Mitgliedschaft in der vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuften Plattform „Antikapitalistische Linke“ (AKL) festhält.

Seelenruhig hakt die CDU auch ab, wie Borchardt Mauerbau und tödliches Grenzregime der DDR verteidigt.

Kein Aufschrei geht durch das Land, während im Februar von Bundeskanzlerin Merkel noch quasi der Staatsnotstand ausgerufen worden war, nur weil in Thüringen der FDP-Politiker Thomas Kemmerich mit Stimmen von CDU und AfD zum Ministerpräsidenten gewählt und damit der Linke Ramelow verhindert worden war. Vielleicht hilft Trumps Trompetenstoß ja, die Kategorien wieder zurechtzurücken.

**Kommando Spezialkräfte soll überprüft werden**

## **Linksgrün durchpolitisiert**

**Michael Paulwitz**

Der Bundeswehr steht nach der Verhaftung eines Angehörigen des Kommando Spezialkräfte (KSK), der ein illegales Waffenlager angelegt hatte, die nächste politisch korrekte Hexenjagd bevor. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer eifert auch beim Säubern ihrer Amtsvorgängerin nach und beruft eine „Arbeitsgruppe“, die das KSK durchleuchten soll. Deren prominente Mitglieder blasen postwendend zum Verdachts-Halali. Von der neuen Wehrbeauftragten Eva Högl (SPD) war nichts anderes zu erwarten, als daß sie bei erster Gelegenheit vom Anwalt zum Ankläger der Soldaten mutiert und auch auf diesem Versorgungsposten tut, was sie am besten kann: „gegen Rechts“ mobilisieren.

Die größere Enttäuschung für die Truppe ist fraglos, daß auch KSK-Kommandeur Markus Kreitmayr in einem Rundbrief undifferenziert jedem, der mit einem vage umrissenen „rechten Spektrum“ sympathisiert, die Kameradschaft kündigt und die Betroffenen freiwillig oder gezwungen aus ihren Reihen drängen will. Den „Generalverdacht“ gegen die Truppe, den die Parteikarrieristin und der Brigadegeneral scheinheilig zurückweisen, haben sie durch ihr Alarmgeschrei selbst weiter angeheizt. Es geht um Grundsätzliches: Eine Armee ist entweder professionell und schlagkräftig oder aber linksgrün durchpolitisiert und von Gesinnungsschnüffelei zerfressen. Die Bundeswehr soll offenbar den zweiten Weg gehen.

## **Carola Rackete schleuste Folterer nach Italien ein**

MESSINA. Ein Gericht in Messina hat drei Einwanderer zu 20 Jahren Haft verurteilt. Sie waren an Bord des Schiffes „Sea-Watch3“ unter Kapitänin Carola Rackete nach

Italien gekommen, berichtete die Tageszeitung Il Giornale. Den drei Männern wird Folter, sexuelle Gewalt, Beteiligung an kriminellen Vereinigungen, Menschenhandel und Mord vorgeworfen. Die Polizei verhaftete sie vergangenen September in einem Aufnahmelager in Messina. Im Juni 2019 war Rackete verbotenerweise mit ihnen auf der „Sea-Watch3“ in den Hafen von Lampedusa eingelaufen, schreibt die Zeitung. Die Flüchtlingsorganisation erklärt, die Identität der Einwanderer sei nicht zu prüfen gewesen. „Die kommen ohne Pässe.“ (hr)